



Medienkommentar

Steht Poroschenko für eine friedliche oder für eine militärische Lösung?



Werden Friedensverträge oft nur deshalb geschlossen um wieder gebrochen zu werden, und dies oft durch unbekannte dritte Mächte? Unter dem Vorwand gebrochener Friedensverträge sollen dann weitere wirtschaftliche sowie militärische Maßnahmen gerechtfertigt werden.

Dieses Muster scheint sich nun gerade im Ukraine-Konflikt gerade zu bestätigen.

Guten Abend meine Damen und Herren. In der Klagenauer.tv - Sendung vom 22.02.2015 zum Minsker Friedensabkommen warfen wir die folgende Frage auf: werden Friedensverträge oft nur deshalb geschlossen um wieder gebrochen zu werden, und dies oft durch unbekannte dritte Mächte? Unter dem Vorwand gebrochener Friedensverträge sollen dann weitere wirtschaftliche sowie militärische Maßnahmen gerechtfertigt werden. Dieses Muster scheint sich nun gerade im UkraineKonflikt gerade zu bestätigen. Beide Seiten werfen sich gegenseitig vor, das Minsker Friedensabkommen vom 12.02.2015 zu missachten. Dies mache den Abzug von Truppen und schweren Waffen unmöglich, sagte die ukrainische Armee. Fragezeichen wirft nun auch das am 21.2.2015 verübte Bombenattentat in Charkow, der zweitgrößten Stadt in der Ukraine, auf. Bei einem Anschlag auf etwa 300 proukrainische Demonstranten waren bei der Explosion eines ferngezündeten Sprengsatzes elf Menschen verletzt und vier getötet worden. Präsident Petro Poroschenko hatte den Anschlag als Versuch kritisiert, den «Einflussbereich des Terrorismus» auszudehnen. Die Täter sind unbekannt.

Doch könnte es nun sein, dass der Bombenanschlag dem Präsidenten willkommen kommt, um weiterhin militärische Stärke beweisen zu können? So ist es auch kein Geheimnis, dass Poroschenko massiv unter Druck stehe, wie das Schweizer Radio und Fernsehen am 20.2.2015 in der Tagesschau berichtete. Politische Vertreter der rechten Seite und Anführer der sogenannten Freiwilligenbataillone hätten die Bedingung gestellt, dass Poroschenko nicht klein beigeben darf und militärische Stärke zeigen muss. Ansonsten drohten sie, ich zitiere: „wenn nötig, dann folgt der Sturm auf Kiew“. Dies haben wir bereits im Medienkommentar vom 22.02.2015 näher thematisiert. Gern anzusehen unter dem folgenden Link. Dass nun Poroschenko an einem Einhalten des Minsker Friedensabkommen kaum interessiert sein dürfte, sondern vielmehr an einer militärischen Lösung, scheint auch ein erst kürzlich hier bei kla.tv eingegangener Zeugenbericht zu bestätigen. Dieser Notruf stammt von einer aus der Ukraine gebürtigen Frau, die seit längerem in Deutschland lebt. Sie bat uns, auf die dortige Situation aufmerksam zu machen, mit der sie beinahe täglich konfrontiert sei. Die meisten ihrer Verwandten, auch die Eltern, leben noch dort. Der Alltag dieser Menschen sei von ständiger Angst überschattet, keiner weiß, was am nächsten Tag auf ihn zukommen kann. Doch hören Sie nun selbst, was uns diese Frau zu sagen hat

„Was sind die Minsker Vereinbarungen wert, stehen seither alle Zeichen auf Frieden? Leider nein. Die massenhafte Mobilisierung, die derzeit in der Ukraine im Gange ist, spricht deutlich eine andere Sprache. Es werden mittlerweile recht wahllos Männer einberufen, auch solche, die nicht wehrpflichtig sind und den entsprechenden Eintrag in ihrem Ausweis haben. So

auch mein Bruder, der eigentlich als „ungeeignet“ gilt und diesen Eintrag in seinem Pass hat. Er dürfte demnach nur dann einberufen werden, wenn im Land der Kriegszustand ausgerufen und eine Generalmobilmachung, das heißt die Mobilisierung aller Männer, (!) angeordnet wird. Das ist aber offiziell in der Ukraine nicht der Fall, bis heute wird in den ukrainischen und westlichen Medien vom „UkraineKonflikt“ oder auch von einer ATO (Anti-Terror-Operation) gesprochen. Weder von einem Bürgerkrieg noch von einem Krieg ist die Rede. Hat es vielleicht unter anderem damit zu tun, weil die Bedingungen für die IWF-Kredite (Internationaler Währungsfonds), die in die Ukraine geflossen sind, klar vorschreiben, dass in einem Land, dem solch ein Kredit gewährt wird, kein Kriegszustand ausgerufen werden darf? So oder so, hier wird mit verdeckten Karten gespielt. Ich frage mich nur: warum werden die ukrainischen Männer zur Mobilisierung gezwungen, wenn kein Krieg ist, wofür sterben sie und werden zu Krüppeln gemacht? Die Tatsache, dass für eine solche Einberufung jegliche gesetzliche Grundlage fehlt, zeigt auf, dass die Ukraine sich mittlerweile stark in Richtung einer Diktatur entwickelt hat, die blutrünstig immer mehr Opfer fordert.

So erzählte mir z.B. mein Bruder, dass schwerbewaffnete Männer durch die Städte und Dörfer ziehen und Männer zwecks Einberufung aufgreifen, auf der Arbeit oder zuhause. Meinem Bruder gelang glücklicherweise die Flucht: an dem Tag, an dem seine Arbeitsstelle von den bewaffneten Kräften der Einberufungszentrale aufgesucht wurde, hatte er sich verspätet. Nur so konnte er der Einberufung entkommen, angerufen und gewarnt durch seinen Arbeitskollegen. Er musste alles zurücklassen und floh nach Russland, in das Land, das ukrainische Flüchtlinge seit dem Beginn dieses Krieges aufnimmt und ihnen Hilfen gewährt. Russland, das als „Aggressor“ dargestellt wird, streckt die helfende Hand aus und bietet seit neuestem auch offiziell den Kriegsverweigerern Zuflucht und Aufenthaltsmöglichkeit. Putin selbst hatte es in einer Rede offiziell angeboten! Ich hoffe, dass so viele wie möglich versuchen, diese Möglichkeit wahrzunehmen. Denn damit retten sie nicht nur ihr eigenes Leben, sondern machen es durch ihre Weigerung dem Kiewer Regime zunehmend schwer, auf Kosten des ukrainischen Volkes diesen blutigen Krieg weiter zu führen. Stellt euch mal vor: es ist Krieg und keiner geht mehr hin! Wie sehr würden sich das die Menschen in der Ukraine wünschen!“

Meine Damen und Herren, es stellt sich nun wieder dieselbe Frage, die es zu beobachten gilt: Welche Parteien sind es, die aus gebrochenen Friedensabkommen oder Bombenanschlägen zu profitieren wissen und sich als die wahren Kriegstreiber entlarven? Diese und deren Drahtzieher dahinter sollen entlarvt und gestoppt werden. Denn, nicht nur die Menschen in der Ukraine wünschen sich das, wie der US-Dichter und Historiker Carl Sandburg sagte, ich zitiere: „Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin.“ In diesem Sinn hoffen wir Sie bald wieder hier auf Klagemauer.tv begrüßen zu dürfen. Guten Abend.

von ol./ef./dd.

Quellen:

www.kla.tv/5381

www.srf.ch/news/international/das-grosse-misstrauen-in-der-ostukraine

Russland bietet Ukrainern Asyl zur Flucht vor der Einberufung in die Armee

www.eurasischesmagazin.de/ticker/Putin-laedt-ukrainische-Wehrpflichtige-nach-Russland-ein/231

Ukraine: Der IWF ist der wahre Kriegstreiber – ohne Kontrolle keine Kredite

www.contra-magazin.com/2014/05/ukraine-der-iwf-ist-der-wahre-kriegstreiber-ohne-kontrolle-keine-kredite/

Quelle leider nur auf Russisch (hier wird aber deutlich erwähnt, dass IWF keine

Kredite bei einem Kriegszustand gewährt):

<http://expert.ru/2015/02/12/politicheskije-dengi/>

<http://riafan.ru/211765-voennoe-polozhenie-ubet-ekonomiku-ukrainyi/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Ukraine - www.kla.tv/Ukraine

#UkraineKonflikt - Aktuelle Ereignisse in der Ukraine - www.kla.tv/UkraineKonflikt

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

#Poroschenko - www.kla.tv/Poroschenko

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.